



Herrn
Bundesminister Cem Özdemir

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft (AbL) e.V.**

Bahnhofstrasse 31
59065 Hamm / Westf.
E-Mail: volling@abl-ev.de
Homepage: www.abl-ev.de

Berlin, den 20.11.2023

Offener Brief zum Gesetzesentwurf der EU-Kommission für neue Gentechniken

Herr Minister Özdemir: Lehnen Sie den Deregulierungs-Vorschlag ab!

Sehr geehrter Herr Bundesminister Özdemir,

im Juli 2023 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Deregulierung fast aller neuer Gentechnik-Pflanzen vorgelegt, der aktuell in den Gremien der EU beraten wird.¹

Anlässlich der heutigen Agrarministerratssitzung in Brüssel fordern wir Sie gemeinsam mit 139 Verbänden auf: „Keine Deregulierung neuer Gentechnik-Verfahren! Recht auf gentechnikfreie Erzeugung, Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip sichern!“

Wir 139 unterzeichnenden Verbände und Organisationen fordern Sie als federführenden Minister auf, den Gesetzesvorschlag abzulehnen. Denn: der vorliegende Entwurf berücksichtigt nicht die Interessen der Verbraucher*innen, der Umwelt und der gentechnikfreien Lebensmittelerzeugung. Das [gemeinsame Positionspapier](#) haben Verbände aus den Bereichen Züchtung, Landwirtschaft, Verarbeitung, Imkerei, Handel, Verbraucher- und Umweltschutz, Entwicklungspolitik, Kirchen sowie Jugendbewegungen unterzeichnet.

Laut Einschätzung von Expert*innen missachtet der Gesetzesvorschlag zudem das Vorsorgeprinzip², verstößt gegen das völkerrechtlich verankerte Recht auf Nahrung und gegen internationale Umweltabkommen wie das Cartagena-Protokoll³. Zentrale Errungenschaften der Gentechnikgesetzgebung, wie Koexistenzregelungen, um auch künftig gentechnikfrei erzeugen zu können und Wahlfreiheit auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette, würden abgeschafft. Genauso wie zentrale Standards, wie z.B. das verpflichtende Zulassungsverfahren mit einer Risikoprüfung aller GVOs und verpflichtenden Nachweisverfahren, die eindeutige Kennzeichnung, Haftung, sowie das Verursacherprinzip.

¹ https://www.gmo-free-regions.org/fileadmin/pics/gmo-free-regions/conference_2023/23-09-07_GMOfree-Regions_BfN_Engelhard.pdf

² Vgl. https://www.bfn.de/sites/default/files/2023-10/spranger-ad-hoc-stellungnahme-zu-NGT-VO-E%202017-625-PAC2021_2.pdf

³ Vgl. https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/gentechnik/pdf/Gruene_im_Bundestag_Gutachten_Vereinbarkeit_des_Kommissionsvorschlags_zu_NGT_mit_dem_Vorsorgeprinzip.pdf

Der Großteil der NGT-Pflanzen, die aktuell entwickelt werden, würde damit ungeprüft, ungekennzeichnet und unkontrollierbar in die Lebensmittelerzeugung und Umwelt gelangen.

Bisher gibt es keine Belege dafür, dass NGT die in sie gesetzten Hoffnungen jemals erfüllen können. Würden die Vorschläge der EU-Kommission durchgesetzt, würden davon nur wenige große Unternehmen profitieren. Eine neue Patentierungswelle wäre die Folge, zukünftige Züchtungen und die genetische und biologische Vielfalt wären gefährdet.

Gleichzeitig würde eine gentechnikfreie konventionelle und ökologische Lebensmittelerzeugung unmöglich, und die Bürger*innen in der EU würden ihre Freiheit verlieren, sich gegen Gentechnik entscheiden zu können.

Sehr geehrter Herr Minister Özdemir,

bitte sorgen Sie deshalb dafür, dass die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft auch in Zukunft ihren großen Wettbewerbsvorteil einer gentechnikfreien Erzeugung behalten kann, die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen erhalten, das Vorsorgeprinzip gestärkt und die Umwelt geschützt wird.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat 2018 und 2023 bestätigt, dass das bestehende Gentechnikrecht genügend Flexibilität bietet, um NGT-Produkte auch weiterhin angemessen und unter Achtung des in EU-Verträgen verankerten Vorsorgeprinzips und der Wahlfreiheit zu regulieren.

Wir fordern Sie daher als Minister des federführenden Ressorts der Bundesregierung auf, diesen Gesetzesvorschlag auf EU-Ebene abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Georg Janßen
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Carla Klusmann
Jungbäuerin und aktiv bei der jAbL

Olaf Bandt
Bundesvorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Moritz Tapp
Mitglied des Bundesvorstands der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUNDjugend)

Tina Andres
Vorstandsvorsitzende des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)